



HESSISCHER LANDTAG

11. 01. 2023

DDA

Berichts Antrag

**Florian Schneider (SPD), Nadine Gersberg (SPD), Bijan Kaffenberger (SPD),
Angelika Löber (SPD) und Fraktion**

Umsetzungsstand des OZG

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund und Länder, Verwaltungsleistungen bis zum 31. Dezember 2022 auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten (§ 1 Abs. 1 OZG). Aktuell findet in vielen Ländern und auf Bundesebene eine Debatte darüber statt, ob dieses Ziel erreicht werden kann. Nun sind wir im Jahre 2023 angekommen und ein vollumfänglicher Umsetzungsstand wurde nicht erreicht. Vor diesem Hintergrund halten wir es für notwendig den aktuellen Umsetzungsstand in Hessen zu diskutieren und mögliche Schlüsse für ein Update des OZG zu ziehen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Digitales und Datenschutz (DDA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Im OZG-Report Nr. 5 ist davon die Rede, dass „bis Ende 2022 [...] die Breite der Kommunen bei der OZG-Umsetzung auf der Zielgeraden sein“ würden. Bitte diese Aussagen spezifizieren.
 - a) Welchen Umsetzungsstand mit Stichpunkt 31.12.2022 gab es bei den von den Kommunen zu realisierenden Leistungen?
2. Am 08.09.2022 hatten in den Themenfeldern Mobilität und Reisen sowie Steuern und Zoll, welche federführend vom Land Hessen umgesetzt werden, lediglich 17% und 24,1% der OZG-Leistungen mindestens den Reifegrad 3 erreicht (vgl. OZG-Informationenplattform).
 - a) Wie fortgeschritten sind die Entwicklungen in Landeskompetenz aktuell und wie fortgeschritten sollten sie eigentlich sein?
3. Welche EfA-Leistungen in den vom Land Hessen federführend betreuten Themenfeldern werden im Rahmen des OZG-Boosters priorisiert behandelt?
 - a) Welche Auswirkungen der Priorisierung auf die Entwicklung der angesprochenen Leistungen sind bisher festzustellen?
 - b) Welche Auswirkungen auf die weitere Entwicklung erwartet die Landesregierung?
 - c) Wie viele und welche der priorisierten Leistungen in den federführenden Themenfeldern Hessens haben zum Stichtag 31.12.2022 zumindest den Reifegrad 3 erreicht?
4. Welche Digitalisierungshemmnisse hat die Landesregierung in der Phase der OZG-Umsetzung festgestellt?
 - a) Mit welchen konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, diese Digitalisierungshemmnisse ab 2023 abzuschalten?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Umsetzung der interkommunalen Zusammenarbeit u.a. zur Verbesserung der personellen Ausstattung für die Umsetzung der Digitalisierung?
 - a) Welche Kommunen haben gemeinschaftliche Leistungen aus dem Förderprogramm IKZ-OZG beantragt und umgesetzt? Bitte aufschlüsseln nach Kommune, Beantragungsjahr, IKZ und Fördersumme.
 - b) Welche Zahlen hat die Landesregierung diesbezüglich antizipiert?
 - c) In welcher Form wird das IKZ-OZG auch nach 2022 fortgesetzt werden?

6. Seit dem 01.01.2023 sind alle Städte und Gemeinden umsatzsteuerpflichtig. Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass IKZ im Bereich OZG und Digitalisierung nun umsatzsteuerpflichtig sind, da sie keine originären hoheitlichen Aufgaben darstellen?
 - a) Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, damit IKZ im Bereich OZG und Digitalisierung seit dem 01.01.23 nicht unter die Umsatzsteuerpflicht fallen?
7. Der IT-Planungsrat hat in seinem Beschluss vom 22.06.2022 die Länder gebeten, die Finanzierungsmodalitäten für die Nachnutzung nach 2022 festzulegen.
 - a) Wie sehen diese aus? Gibt es, abseits der Planung der Fortführung der kostenfreien Bereitstellung der Digitalisierungsplattform Civento nach 2024, bereits planungssichere Aussagen seitens der Landesregierung bezüglich der weiteren Finanzierung von EfA-Leistungen im Rahmen des OZG, insbesondere für 2023 und die Jahre darüber hinaus?
 - b) Wenn nicht: Inwiefern beeinflusst das die Umsetzung der Digitalisierungsbemühungen?
 - c) Wenn nicht: Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Kommunen nicht zusätzlich vor hohen Kosten im Bereich OZG und Digitalisierung zu stellen?
8. Welche konkreten Pläne hat die Landesregierung mit dem Umgang der Modellkommunen im Land Hessen? Sollen diese Modellkommunen auch nach 2022 fortgesetzt und weiter gefördert werden?
9. Liegen der Landesregierung aktuelle Zahlen vor, wie viele Kommunen bereits einen Digitalisierungsbeauftragten beschäftigt haben? Bitte nach Kommune, Größe der Planstelle und Einstellungsdatum aufschlüsseln.
10. Welchen Weg verfolgt die Landesregierung, um beim sog. OZGplus die Kommunen soweit zu unterstützen, dass alle Verwaltungsdienstleistungen medienbruchfrei und kostenneutral den Kommunen zur Verfügung gestellt werden können?
11. Ist es von Seiten der Hessischen Landesregierung geplant, Schnittstellen zu den bereits von der ekom21 angebotenen Produkten, wie emeld21, owi21, kfz21 etc. im Rahmen der OZG-Umsetzung kostenneutral für die Kommunen entwickeln zu lassen?
 - a) Wenn ja: Wie ist dieses vorgesehen?
 - b) Wenn nein: Wie begründet die Landesregierung diesen Schritt unter dem Aspekt der zusätzlich entstehenden Kosten der Kommunen?
12. Welchen Sachstand hat die Landesregierung über die Verwaltungsdigitalisierung der einzelnen Kommunen und Behörden und wie werden diese partizipativ mit dem Onlinezugangsgesetz und dem E-Government-Gesetz umgesetzt? Bitte aufschlüsseln nach Kommune, Behörde und Digitalisierungsgrad.
13. Wie ist die Integration der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern für die behördlichen Dienstleistungen, die sie innerhalb des OZG ebenfalls digital anbieten müssen, innerhalb der civento-Plattform vorgesehen?
14. Welche Aufgaben übernimmt die HZD bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und welche Möglichkeiten der Unterstützung haben Kommunen hierbei?
15. Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass im Zuge des EfA-Verfahrens mehr als eine Plattform zur Abwicklung der unter dem OZG definierten Dienstleistungen unter der Berücksichtigung des medienbruchfreien IT-Ansatzes zum Einsatz kommen werden?
16. Wie bewertet die Landesregierung die vom Hessischen Datenschutzbeauftragten identifizierte Problematik im Rahmen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) auszustellende Auftragsverarbeitungsvereinbarung in seinem Bericht im Ausschuss für Digitales und Datenschutz am 5. Oktober 2022?
17. Ist die Integration der AusweisApp 2 und daraus folgernd die eID des Personalausweises als Online-Ausweisfunktion in die Plattform civento vorgesehen, sodass eine rechtssichere Authentifizierung des Antragsstellenden sichergestellt werden kann?
 - a) Wenn ja: Wann ist mit dieser zu rechnen?
 - b) Wenn nein: Wie wird die Echtheit des Antragsstellenden sichergestellt?

18. Die Funktionalität der Online-Bezahlung stellt eine einfache Lösung dar, um die für die Dienstleistung zu erhebende Gebühr, Beitrag oder Steuer einzuziehen.
 - a) Welche Zahlungsmöglichkeiten sind derzeit verfügbar und seit wann?
 - b) Welche Zahlungsmöglichkeiten werden zukünftig verfügbar sein und wann ist die Integration geplant?
 - c) Welche Zahlungsmöglichkeiten werden nicht zur Verfügung gestellt werden und mit welcher Begründung werden diese nicht integriert?
 - d) Wieso ist der Umsetzungsstand von digitalen Zahlungsmöglichkeiten in Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern schlechter?
19. Die civento-Plattform ist eine browserbasierte Applikation. Ist ebenfalls eine native Smartphone-Applikation geplant, um die mobile Antragstellung der Bürgerinnen und Bürger zu erleichtern?
20. In einem sog. Datensafe werden Dokumente der Nutzerinnen und Nutzer abgelegt und können für weitere Verwaltungsvorgänge bei Online-Anträgen vereinfacht genutzt werden. Welche Möglichkeiten werden hierzu von der Landesregierung ergriffen, um eine solche Funktionalität anzubieten?
 - a) Wenn ja: Ab wann steht dieser zur Verfügung und mit welchem Umfang?
 - b) Wenn nicht: Wie begründet sie dies unter der Berücksichtigung der Verwaltungseinfachung?
21. Welchen Implementierungsstand hat ein sog. „Statusmonitor“ (Informationen zum aktuellen Status der Bearbeitung des Antrages mit zugewiesener Abteilung etc.)?
 - a) Sofern keine Implementierung geplant ist: Wie begründet sie dieses unter dem Aspekt der Transparenz und Vorbeugung von häufigen Rückfragen und der daraus resultierenden Entlastung der Verwaltung?
22. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, dass neben der Digitalisierung der unter dem Onlinezugangsgesetz geforderten Dienstleistungen auch eine analoge Teilhabe sichergestellt ist?
23. Wann plant sie eine Novellierung des Hessischen Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung und weiterer Vorschriften?
24. Wie groß ist in Hessen der Anteil an Menschen ohne Internetzugang?
 - a) Wie groß ist der Anteil der Menschen, die nur über das Smartphone Zugang zum Internet haben und durch begrenztes Datenvolumen nicht in der Lage sind, soziale Leistungen online zu beantragen?
 - b) Wie groß ist dabei der Anteil an Familien, Menschen mit Beeinträchtigungen, Menschen in Gemeinschaftsunterkünften usw.?
25. Was unternimmt die Landesregierung, damit sozial benachteiligte Menschen freien Zugang zum Internet und zu Endgeräten wie PC, Tablet oder Drucker erhalten, um soziale Leistungen digital beantragen und bearbeiten zu können?
26. Was können Kommunen unternehmen, damit sozial benachteiligte Menschen freien Zugang zum Internet, elektronischen Endgeräten wie PC, Drucker usw. erhalten?
27. Wie wird im Rahmen der OZG-Umsetzung sichergestellt, dass auch sozial benachteiligte Menschen, Menschen mit geringer formaler Bildung, unzureichenden Deutschkenntnissen oder mit Beeinträchtigungen ohne Internetzugang und elektronische Endgeräte soziale Leistungen online beantragen können?

Wiesbaden, 11. Januar 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph

Florian Schneider
Nadine Gersberg
Bijan Kaffenberger
Angelika Löber